

N i e d e r s c h r i f t

über die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Tourismus am 09.01.2025

Sitzungsbeginn: 16:30 Uhr
Sitzungsende: 18:03 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal des Rathauses Dessau

Teilnehmer/-innen: siehe Anwesenheitsliste

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Mrosek, Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft und Tourismus, eröffnet die Sitzung, stellt die ordnungsgemäße Einladung zur Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit mit 9 stimmberechtigten Mitgliedern fest.

Herr Dr. Brozowski, Fraktion Freies-Bürger-Forum, zweifelt die ordnungsgemäße Einladung bzgl. des Tagesordnungspunkte 5.1 „Haushaltskonsolidierungskonzept 2025 und Folgejahre Vorlage: BV/422/2024/II-20“ an, da das Konzept im Bürgerinfoportal erst ab dem heutigen Nachmittag abrufbar war. Das ließ eine adäquate Vorbereitung der Bürgerinnen und Bürger nicht zu. Er weist auch darauf hin, dass das Konzept aufgrund der Fülle der Sitzungsunterlagen für die Stadträte nicht einfach zu finden waren.

2 Beschlussfassung der Tagesordnung

Herr Dr. Brozowski, Fraktion Freies-Bürger-Forum, beantragt aus den im Tagesordnungspunkt 1 genannten Gründen den Tagesordnungspunkt 5.1 von der Tagesordnung zu nehmen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck, merkt an, dass dieser Tagesordnungspunkt zur Information dient und keine Beschlüsse erforderlich sein werden.

Herr Mrosek, Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft und Tourismus, empfiehlt die Reihenfolge der Tagesordnungspunkte 5.1 und 5.2 zu tauschen, da dies der Reihenfolge des Ausschusses für Finanzen, Digitalisierung und modernen Verwaltung gleichkäme.

Herr Dr. Brozowski, Fraktion Freies-Bürger-Forum, fordert die Abstimmung seines Antrags ein.

Herr Mrosek, Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft und Tourismus, stellt den Antrag von Herrn Stadtrat Dr. Brozowski zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: 02:07:00

Der Antrag auf Änderung der Tagesordnung wird abgelehnt.

Herr Mrosek, Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft und Tourismus, bringt den Tausch der Tagesordnungspunkte 5.1 und 5.2 zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: 07:01:01

Dem Antrag auf Änderung der Tagesordnung wird zugestimmt.

Herr Mrosek, Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft und Tourismus, stellt die geänderte Tagesordnung zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: 07:01:01

Der geänderten Tagesordnung wird mehrheitlich zugestimmt.

3 Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums

In der Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Tourismus am 14.11.2024 wurden keine nichtöffentlichen Beschlüsse gefasst.

4 Einwohnerfragestunde Bürgerinnen und Bürger können konkrete Fragestellungen im Rahmen der Einwohnerfragestunde vorab bis zum 08.01.2025, 15:00 Uhr schriftlich oder per E-Mail an stadtplanung@dessau-rosslau.de richten.

Wortmeldungen werden zu diesem Tagesordnungspunkt nicht erhoben. Schriftliche Anfragen wurden nicht eingereicht.

5 Beschlussfassungen

Herr Mrosek, Vorsitzender des Ausschusses, weist darauf hin, dass für die beiden nachfolgenden Beschlussvorlagen keine Abstimmung vorgenommen wird, sondern diese der Information und dem Austausch dienen.

5.1 Haushaltssatzung 2025, Haushaltsplan 2025, Stellenplan 2025 **Vorlage: BV/421/2024/II-20**

Herr Schmidt, Amtsleiter Amt für Wirtschaft und Stadtplanung, gibt anhand einer Präsentation (siehe Anlage) einen Rückblick in das Haushaltsjahr 2024 und stellt die Aufgaben und Mittelanmeldung für 2025 vor. Danach steht er für Fragen zur Verfügung.

Herr Dr. Brozowski, Fraktion Freies-Bürger-Forum, fragt nach dem Zusammenhang des Projekts „Thermografiebefliegung“ mit der BUGA.

Herr Schmidt erklärt, dass es sich bei der Thermografiebefliegung um ein Werkzeug zur Sammlung klimarelevanter Daten handelt. Diese Daten sind u. a. notwendig, um die Aufgabenstellung für die Wettbewerbe im Rahmen der BUGA mit klaren Zielen zu definieren. Bspw. welches Temperatur- bzw. Absenkniveau in den Hitzebelastungsbereichen erreicht werden soll. Die derzeitige Datenlage lässt keine Schlussfolgerung zu, welche Qualität an Gunstsituationen im städtebaulichen Raum mit einer Maßnahme mittel- bis langfristig erreicht werden soll. Die Thermografiebefliegung zeigt nicht nur Stressbereiche auf, sondern kann auch aufzeigen wo Maßnahmen des Stadtumbaus ggf. begünstigende Wirkung erzielt. Herr Schmidt weist darauf hin, dass die letzte Thermografiebefliegung Ende 1999/Anfang 2000 durchgeführt wurde und angesichts des Anspruches der mit dem BUGA-Projekt verfolgten Ziele es wichtig ist, dass in der Aufgabenstellung solche Daten auch enthalten sein können. Ob eine flächendeckende Befliegung erfolgt, kann Herr Schmidt noch nicht zusichern und verweist auf ähnliche Städte, die anlässlich von Hitzeaktionsplanungen hauptsächlich die bebauten Bereiche haben überfliegen lassen. Das wäre auch das, was die Stadt Dessau-Roßlau interessiert.

Herr Hartmann, Fraktion SDP, bezieht sich auf die in der Präsentation aufgeführten Positionen der Wirtschaftsförderung und hätte gerne eine Einschätzung, ob das für diesen Bereich angemessen ist.

Herr Schmidt nimmt Bezug auf die letzte Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft in der festgestellt wurde, dass beachtliche Leistungen erzielt wurden trotz des wenigen Personals. Die vorgestellten Angaben sind, trotz gewisser Zwänge, die eine Abarbeitung bzw. Abwicklung fordern als realistisch einzuschätzen und abbildbar.

Herr Hartmann, Fraktion SDP, erwähnt einen Radiobeitrag in dem es um Startups in Deutschland ging, die sich flächendeckend sehr unterschiedlich entwickeln. Das Hauptproblem liegt wohl darin, dass zu wenig Kraft (Geld) für die Förderung von Startups vorhanden ist. Er möchte wissen wie die Situation in Dessau-Roßlau aussieht und in welcher Form die Wirtschaftsförderung bereits unterstützt bzw. Unterstützung angedacht ist.

Herr Schmidt führt aus, dass im letzten Jahr 21 Projekte im Bereich der Mittelstandsförderung mit 60.000,00 Euro unterstützt werden konnten. Er bietet eine Überprüfung bei der Mittelstandsförderung hinsichtlich der Richtlinien selbst an und sowohl eine erneute Kriterienbildung als auch eine Prioritätensetzung im Hinblick auf Leerstands-beseitigung in der Innenstadt an. Die können im B2B-Verhältnis gemacht werden. Er kann jedoch nicht bestätigen, dass mehr Geld, auch automatisch mehr Projekte bedeuten.

Stadtrat Herr Ratzmann nimmt Bezug auf die genannten 16 unbesetzten Stellen und fragt ob mit der Abgabe der Bundesstraßen Reserven bzw. Potenzial freigeleitet würde, welche dadurch für andere Projekte zur Verfügung stehen und ob es sich um eine echte Erleichterung handelt. Des Weiteren fragt er nach weiteren Fördertöpfen die genutzt werden können, die ggf. auch aufgrund der fehlenden personellen Besetzung nicht ausgeschöpft werden. Denn der Anteil der Zuweisungen (25 %) und der Kredite (75 %) bei Investitionen hat sich verdreht, was in der aktuellen Wirtschaftslage nicht unbedingt vorteilhaft ist. Sind alle Fördermöglichkeiten bestmöglich ausgeschöpft haben? Warum gibt es diese Verschiebung?

Herr Schmidt erklärt, dass Förderung nicht nur Städtebau und Wirtschaft heißt und es noch sehr viele Bereiche gibt, die außerhalb des Zuständigkeitsbereichs sind. Die freiwerdenden Kapazitäten im Hinblick auf den Übergang der Straßenbaulast betreffen nicht unmittelbar das Planungsamt, da die Verkehrsplanung dem Tiefbauamt zugeordnet ist. Da ist es eher die Frage, wie gehen wir mit unseren Unternehmen und Investoren um, die an diesen Bundesstraßen liegen da diese durch die Gewerbegebiete gehen auch von den Zufahrten profitieren. Möglicherweise ist das kein haushaltsrelevanter, sondern eher ein begleitender Bestandteil von Unternehmensansiedlungen.

Für **Herrn Oberbürgermeister Dr. Reck** ist die erste Frage nicht ganz so einfach zu beantworten. Man könnte sich die einzelnen Bereiche des Investitionsplans anschauen oder die Förderquoten, welche sehr unterschiedlich sind. Seine Wahrnehmung ist jedoch, dass in den letzten Jahren auch viele Preissteigerungen durchgewunken wurden und in der Regel nicht gefragt wurde, ob das Eigenmittel betrifft. Die Vorhaben wurden teurer und er erklärt das an dem Beispiel Sporthalle am Gropius-Gymnasium. Natürlich kann die Frage gestellt werden, wenn man im Haushalt einen Investitionsplan abarbeitet, was ein Stück weit auch eine politische Frage ist, ob sich darauf konzentriert wird Fördermaßnahmen abzuarbeiten oder andere Maßnahmen zu beurteilen, für die es beispielsweise gar keine Fördermittel gibt. Der **Oberbürgermeister** führt die Schulbauförderung auf, für die aufgrund einer höheren Priorität entschieden wird, dafür Eigenmittel aufzubringen. Er sieht die Lösung an zwei Stellen. Zunächst sind die Standards der Verwaltung in den einzelnen Bereichen zu hinterfragen. Im Anschluss sind Förderquoten zu betrachten und die Projekte zu priorisieren, die hohe Förderquoten haben. Das ist dann vielleicht auch punktuell eine harte Aussage, denn ggf. müssen viele wichtige Aufgaben dann zurückgestellt werden. Die Projekte werden nicht billiger, aber vielleicht ändert sich die Förderkulisse. Die Finanzreserve auf die immer zurückgegriffen wurde, ist jetzt

weg und er benennt weitere Projekte die für die Schieflage verantwortlich sein könnten. Seiner Auffassung nach müssen in den nächsten Jahren die Vorhaben priorisiert werden, für die es eine hohe Förderquote gibt und bei den anderen auf das absolut notwendige Maß bescheiden. Das hilft die Verschuldung nicht ganz so gravierend ausfallen zu lassen, wie sie sich jetzt darstellt.

Herr Mrosek, Fraktion AfD, nimmt Bezug auf die von Herrn Schmidt angesprochene Personaldecke und befürchtet, dass Planungen sowie deren Umsetzung mit der aktuellen Unterbesetzung und Krankenquote wie eine Bugwelle vor uns hergeschoben wird. Er möchte von Herrn Schmidt wissen, wie die Situation insgesamt in der Stadt ist. Die zweite Frage bezieht sich auf den aktuellen Sachstand zu Thema „TRAINS“ und fragt nach einem Zwischenergebnis.

Herr Reinsdorf, Abteilungsleiter Amt für Wirtschaft und Stadtplanung führt aus, dass das Projekt im letzten Jahr begonnen wurde, der Zuwendungsbescheid entsprechend des Stadtratsbeschlusses ausgereicht wurde und der Zuwendungsempfänger an dem Projekt arbeitet. Seiner Kenntnis nach sei der Auftrag erteilt und eigentumsrechtliche Fragen zu klären gewesen. Deswegen ist der Projektfortschritt in 2024 nicht so gewesen, wie das im Stadtratsbeschluss beschlossen wurde. Da wäre die Machbarkeitsstudie in 2024 abgeschlossen gewesen. Aus diesem Grund sind die Mittel aufgeteilt in die Haushaltsjahre 2024 und 2025. Die Machbarkeitsstudie zu diesem Objekt wird bis zum Juni 2025 abgeschlossen.

Herr Schmidt beantwortet die erste Frage von Herrn Stadtrat Mrosek. Er hofft, im ersten Quartal einen Großteil der unbesetzten Stellen wieder besetzen zu können. Sowohl im Städtebau als auch im Wirtschaftsbereich, hofft er dann dort Aufgaben umsetzen zu können, die helfen, wieder Einnahmen zu generieren. Der Personalsituation ist es auch der geschuldet, dass verstärkt auf die Netzwerkarbeit gesetzt wird, wofür er sehr dankbar ist. Mit der IHK hat die Stadt einen verlässlichen Partner. Es werden Prozesse verstetigt, die in 2024 begonnen wurden wie bspw. die Gewerberunde, wo auch Fachkräftebindung und Fachkräftesicherung Thema sind. Das ist etwas, wo versucht werden muss, auch bei dieser angespannten Personaldecke über eine Intensivierung der Netzwerkarbeit Erfolge zu erzielen. Das ist kein leichtes Unterfangen, aber es ist ein notwendiges Unterfangen, da die Verwaltung insbesondere durch die Partner auch einen sehr guten Einblick erfährt in die Situation der Betriebe. Das sind so kleine Baustellen, wo versucht werden muss, mit der Personaldecke, wie sie nun einmal ist, auch klar zu kommen. Ansonsten ist die Verwaltung dabei, Personal zu akquirieren und Herr Schmidt ist zuversichtlich, die ein oder andere Lücke im ersten Halbjahr dieses Jahres schließen zu können.

Frau Schmidt-Pforte, IHK Halle-Dessau, schließt sich den Worten von Herrn Schmidt an und bestätigt, dass dies auch die Aufgabe der IHK ist und erwähnt den Vorteil der Standortnähe. Sie versteht ihre Arbeit als Kooperation und nicht als Konkurrenz, was von anderen Unternehmen auch so wahrgenommen wird. Wichtig ist, dass die Dinge angesprochen werden und vorangetrieben werden.

Herr Dr. Nothdurft, Fraktion AfD, möchte zum einen wissen worum es in der Machbarkeitsstudie zum Kaufhaus ZEECK geht und zum anderen fragt er nach der aktuellen Situation der Körperbehindertenschule. „Wie viele Schüler sollen dort mal unterrichtet werden? Kommen auch welche aus der Umgebung dann und nutzen die Schule? Und wo sind die Kinder, die jetzt untergebracht sind? Wie werden die beschult?“

Herr Dr. Reck, Oberbürgermeister, gibt an, dass die Körperbehindertenschule schon fast fertig ist. Die, die jetzt zum Bauen ansteht, ist die Geistigbehindertenschule. Die Schüler werden jetzt in der Schule am Friederikenplatz beschult. Ein Teil der Roßlauer Kinder wurde in Zerbst beschult. Wieviel Kinder aus dem Umland kommen, kann bei diesen Schulen gar nicht beantwortet werden. Das kann bei Interesse gerne nachgereicht. Es kann sein, dass da auch Kinder von außerhalb dabei sind. Es gibt auch ein paar Sonderschulformen, die nicht in Dessau-Roßlau beschult werden können. Im Schulentwicklungsplan der Stadt ist das aufgeführt. Für die K-Schule kann der Oberbürgermeister keine Aussagen machen, für die G-Schule, könnte es rausgesucht und dargestellt werden.

Herr Schmidt, erklärt, dass die Machbarkeitsstudie Kaufhaus ZEECK eine Maßnahme aus dem Bundesprogramm Zukunftsfähige Innenstädte und Zentren ist. Nach der Förderrichtlinie werden Beratungsleistungen für Immobilien mit besonderer stadtbildprägender Relevanz gefördert. In dem Fall handelt es sich bei dem Kaufhaus Zeeck um eine förderfähige und förderbare Maßnahme. Hier geht es, insbesondere bei einem Einsatz der Bundesmittel und des 10-prozentigen Eigenanteils darum, Nachnutzungen für dieses ehemalige Warenhaus zu eruieren und dafür wird eine Machbarkeitsstudie gemacht. Der Zuwendungsgeber hat dieses Förderprogramm eben nicht nur den Kommunen, sondern auch zur Unterstützung von Privatinitiativen zugebilligt. Diese Fördermittel werden über die Stadt an Private zur Unterstützung ausgereicht.

Herr Dr. Brozowski, Fraktion Freies-Bürger-Forum, kommt auf die Ausführungen zum TRAINS-Projekt und der Verzögerung aufgrund von Eigentumsfragen zurück und hätte gerne ein paar mehr Informationen dazu. Die Beantwortung der Frage erfolgt im Nichtöffentlichen Teil.

Abstimmungsergebnis: zur Kenntnis genommen

5.2 Haushaltskonsolidierungskonzept 2025 und Folgejahre **Vorlage: BV/422/2024/II-20**

Beigeordneter Herr Ulbrich führt aus, dass in den kommenden Ausschüssen nochmal eine separate Unterlage zum Konsolidierungskonzept bereitgestellt wird. Die Einführung ist gestern erfolgt und steht für weitere Fragen zur Verfügung.

Herr Mrosek, Fraktion AfD, benennt einige Bereiche zu denen es Fragen geben wird und konkretisiert seine Frage bzgl. der Zerbster Brücke. Er möchte wissen, ob die Finanzierung, trotz Übertragung der Baulasten bei der Stadt Dessau-Roßlau bleibt.

Frau Wirth, Amtsleiterin Amt für Stadtfinanzen, antwortet, dass der Haushaltsplan entstand als die Stadt eigentlich freiwillig die Übernahme der Bundesstraßen wollte. Mit der geänderten Beschlussfassung wird es so sein, dass die Übertragung der Bundesstraßen aus dem Haushalt herausgenommen wird und damit auch anteilig die Zerbster Brücke. Frau Wirth erklärt die beiden Möglichkeiten der „Herausnahme“.

Herr Stadtrat Kaßner, bezieht sich auf die Planstellenreduzierungen (Seite 3) der neuen Übersicht und versteht nicht, wieso diese Werte so völlig unterschiedlich sind.

Frau Wirth, Amtsleiterin Amt für Stadtfinanzen, erklärt das Vorgehen sowie die Berechnung und weist auch auf das beigefügte Querblatt hin, aus dem ersichtlich ist wie sich die Angaben konkret ergeben.

Herr Stadtrat Dr. Brozowski ergänzt die vorhergehende Frage um die Bitte, ob man das mal ein bisschen näher erläutern kann. Was es damit auf sich hat, warum das jetzt wegfällt und was das mit den Befristungen zu tun hat etc.

Frau Wirth, kann die Frage detailliert nicht erläutern, warum jetzt genau diese konkrete Stelle wegfällt. Es könnte jedoch sein, dass der Mitarbeiter bspw. altersbedingt ausscheidet. Das kann nachgereicht werden. Ansonsten müsste es dazu ggf. einen separaten Termin mit dem zuständigen Amt geben. Das wäre Amt 10, um dann nochmal einzeln zu den Stellen und den Ursachen Ausführungen zu machen.

Herr Stadtrat Dr. Brozowski hat sich heute sagen lassen, dass im Rahmen der Haushaltskonsolidierung jetzt wohl doch wieder darüber nachgedacht wird die Aufstockung des Theaterpersonals auf 100% doch nicht, trotz aller Beschlüsse etc., durchzuführen.

Frau Wirth erklärt, dass der jetzt vorliegende Haushalt nicht genehmigungsfähig ist, da er einen ungedeckten Fehlbedarf von 180 Millionen ausweist. Und das ohne die Vollzeitbeschäftigung des Theaters. Wo das Geld dafür herkommen soll, ist nicht bekannt. Bisher gibt es keine Lösung, um diesen Haushalt genehmigungsfähig zu machen. Das entzieht den Stadträten und dieser Stadt die Handlungsgrundlage.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck, bestätigt, dass die Vollbeschäftigung am Anhaltischen Theater nicht im Haushalt abgebildet ist. Das ist auch im besten Einvernehmen zwischen Frau Wirth und ihm erfolgt. Zum einen sind die Voraussetzungen noch nicht erfüllt diesen Beschluss im Haushalt auch finanziell abzubilden. Eine zwingend notwendige Voraussetzung dafür ist, dass das Land sich an der Finanzierung beteiligt. Seiner Kenntnis nach sind im Entwurf des

Landeshaushalts Mittel eingestellt und soweit der Oberbürgermeister weiß, ist dieser Landeshaushalt auch noch nicht beschlossen. Wie bereits im Theaterausschuss gesagt, ist es daher für diesen Haushalt auch noch nicht notwendig, solche Mittel einzustellen. Seine persönliche Auffassung ist, dass das Anhaltische Theater, so wie es derzeit aufgestellt ist und schon seit einigen Jahren aufgestellt ist, nämlich mit 90 Prozent Teilzeitbeschäftigung, nichts ist, was weiteren Konsolidierungsbeitrag liefern soll. Im Theatervertrag wurde sich nicht ohne Grund mit dem Land darauf verständigt, dass das Haus auskonsolidiert ist. Das Anhaltische Theater wird nicht auf der Vorschlagsliste stehen, da es keine weiteren Konsolidierungsbeiträge leisten kann.

Herr Ratzmann, Fraktion AfD, möchte von Frau Wirth den aktuellen Stand der eingereichten Jahresabschlüsse wissen.

Frau Wirth antwortet, dass der Gesetzgeber vorschreibt, wenn der Haushalt genehmigt werden soll, dass der Jahresabschluss des Jahres 2023 dem Rechnungsprüfungsamt zur Prüfung vorliegen muss. Bisher sind die Jahresabschlüsse bis zum Jahr 2022 erstellt. Die Aufstellung des Jahresabschlusses 2023 ist bis Ende Februar vorgesehen. Damit würde, wenn der Haushalt genehmigungsfähig wäre, das Inkrafttreten dieses Haushaltes nicht an der Erstellung der Jahresabschlüsse scheitern. Das ist das Ziel von Frau Wirth. Aber die weitaus größere Aufgabe jetzt ist es, den Haushalt genehmigungsfähig aufzustellen.

Herr Stadtrat Mrosek fragt nach Kürzungen bei den freiwilligen Leistungen, die es für die Vereine gibt. Wenn ja, wieviel in Prozent, würde es die Vereine betreffen? Denn es wurde ja jetzt gesagt, dass sie ihre Betriebskosten erstattet bekommen. Aber bei den freiwilligen Leistungen sind 40 Prozent durch die Haushaltssperre einbehalten worden. Wie sieht es aus in der Entwicklung bei den Vereinen in 2025 bzw. 2026?

Herr Dr. Reck, Oberbürgermeister, dankt der großzügigen Unterstützung der kommunalen Familie. Er hebt die Sparkasse und die Stadtwerke hervor, die an vielen Stellen den Ausgleich schaffen. Bei einem Fehlbetrag von 30 Millionen ist aber auch klar, dass die Aufgabe größer ist, als an diesen Stellen zuerst zu schauen. Eine Unterstützung der Vereine, setzt das aber auch voraus, dass man diese Freiräume an anderer Stelle schafft. Und diese Freiräume an anderer Stelle zu schaffen, heißt dann eben auch die Bereitschaft mitzubringen, auch im pflichtigen Bereich über Standards zu sprechen.

Herr Dr. Nothdurft, Fraktion AfD, fragt Frau Wirth wie der Haushaltsplan aussehen müsste, um genehmigungsfähig zu sein. Die Stadt Dessau-Roßlau hat jetzt die jährliche Schuldenentwicklung. Wie müsste diese aussehen, damit der Haushalt genehmigungsfähig wird und was passiert, wenn er nicht genehmigt wird.

Frau Wirth führt aus, dass es bei einer Nichtgenehmigung die Situation gibt, die die Stadt jetzt hat. Eine satzungslose Zeit, übrigens auch eine Zeit, die derzeit im

Bund herrscht, da der Bund auch keinen Haushalt hat. Satzungslose Zeit heißt eingeschränkte Haushaltsführung. Es dürfen alle vertraglichen Leistungen weitergeführt werden. Es dürfen alle Leistungen, die zur Sicherung, also die unaufschiebbar sind, die notwendig sind, weitergeführt. Einrichtungen dürfen demnach weiter betrieben werden. Aber es dürfen keine neuen freiwilligen Aufgaben durchgeführt werden. Keine Zuschüsse an Vereine. Das sind die Bandagen. Der Gesetzgeber hat die Haushaltsführung ohne Haushalt schon deutlich eingeschränkt, um den handelnden Stadtrat und Verwaltung zu zwingen, einen gemeinsamen Haushalt aufzustellen. Und erforderlich für den Haushalt selbst ist, dass der Ergebnishaushalt ausgeglichen ist. Den Ausgleich des Ergebnishaushaltes im Jahr 2025 wurde über die Rücklage erreicht. Aber das Landesverwaltungsamt hat die Stadt 2024 beauftragt, mit der Genehmigung des Haushaltes 2024 ein Konsolidierungskonzept aufzustellen. Das liegt derzeit noch nicht vor. Gleichzeitig wird gezeigt, dass die Stadt, auch bedingt durch die Verlustausgleiche des Klinikums, aber nicht nur, ab 2026 nicht mehr in der Lage ist, die Haushalte auszugleichen. Insgesamt mit einer Summe von 179 Millionen Euro. Die Regelung nach § 100 Absatz 4 KVG, dass wenn die Stadt mittelfristig im Kassenkreditbereich über die Genehmigungsgrenze des Kassenkredites kommt, wird es erforderlich ein Konsolidierungskonzept aufzustellen. Frau Wirth vermutet, dass dies das Einflugstor der Kommunalaufsicht sein wird, verbunden mit der nicht erfüllten Auflage. Für den Ausgleich des Haushalts gibt es einen Zeitraum. Der minimale Zeitraum wäre bis 28. Der maximale wäre nochmal fünf Jahre drauf. Innerhalb dieses Zeitraumes müsste die Stadt aufzeigen, wie dieser Haushalt ausgeglichen wird. Die Stadt muss deutlich zeigen, dass sie sich auf den Weg begibt und es ernst gemeint ist. Das ist die Erstellung des Konzeptes, welches die Basis wird. Die dort fixierten Einsparungen werden in den Haushalt genommen, wodurch er ein anderes Ergebnis bekommt. In der Praxis wird vor der Haushaltsbeschlussfassung das Konsolidierungskonzept beschlossen, da das die Grundlage für die dann erfolgte korrigierte Haushaltsplanung ist und auf dieser Grundlage der Haushalt beschlossen wird.

Es werden keine weiteren Fragen gestellt.

Abstimmungsergebnis: zur Kenntnis genommen

6 Öffentliche Anfragen und Informationen

6.1 Sonstige Anfragen und Mitteilungen

Der **Ausschussvorsitzende** teilt mit, dass er heute einen Anruf vom Kreisjägermeister erhalten hat, dass er seit diesem Jahr dem Veterinäramt für die Fleischbeschauung, 8,50 Euro bezahlen muss. Vorher war das umsonst. Er möchte wissen, ob es eine Verordnung dazu gibt oder ggf. eine Entscheidung des Veterinäramts ist, da das eine weitere finanzielle Belastung darstellt.

Herr Dr. Reck, Oberbürgermeister, wird Herrn Horvath das Anliegen mitteilen.

Herr Hartmann, Fraktion SPD, fragt nach dem aktuellen Stand der möglichen Gründung einer universitären Einrichtung

Herr Ulbrich, Beigeordneter für Finanzen, Digitalisierung und moderne Verwaltung, informiert darüber, dass verschiedene Optionen geprüft wurden. Es wurde auch eine Option intensiver geprüft, die zunächst einmal zurückgestellt werden soll, da Fördermittelbescheide beim Klinikum abzuwarten sind. Das Projekt ruht aktuell und wird aufgegriffen, wenn die Fördermittelbescheide vorliegen. Es wurde eine Markterkundung durchgeführt und man ist nochmal in Gesprächen. Sobald die Ergebnisse demnächst dazu vorliegen, kommt die Verwaltung mit konkreten Vorschlägen nochmal auf die Stadträte zu.

Herr Mrosek, Fraktion AfD, fragt nach, ob der Bund, die abgebauten Betten bei der Fusion mit der Diakonie schon an das Klinikum bezahlt hat.

Herrn Oberbürgermeister Dr. Reck, sind keine außerordentlichen Erträge beim Klinikum bekannt.

Der Ausschussvorsitzende stellt um 17:57 Nichtöffentlichkeit her.

9 Schließung der Sitzung

Herr Mrosek, Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft und Tourismus, schließt die Sitzung um 18:03 Uhr.

Anlagen

- Anlage 1 zur Niederschrift (TOP 5.1)

Dessau-Roßlau, 09.05.25

Andreas Mrosek
Vorsitzender Ausschuss für Wirtschaft und Tourismus

M. Henke
Schriftführer